

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1877

Aus den Lannen

Fernsprecher  
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Allensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Vierteljährlich 40 Mark, halbjährlich 75 Mark, jährlich 140 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pfennige. Bei Nicht-Empfangen des Blattes wird die Abnahme durch den Postboten nicht angedeutet. Fernsprechnummer: 1111. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 45.

Allensteig, Montag den 23. Februar.

Jahrgang 1923

## Die Krise in Preußen

Berlin, 22. Febr. Im preussischen Landtag hielten nach der Plenarsitzung das Zentrum und die Demokraten Fraktionsführungen ab. Die Regierungsparteien werden an der bisherigen Politik festhalten. Ministerpräsident Marx wird eine Kandidatur wieder annehmen und im Falle der Wiederwahl das gleiche Kabinett präsentieren. Für die Wahl des Ministerpräsidenten ist der 4. März in Aussicht genommen.

Die „Zeit“ schlägt als Lösung die Bildung eines parteipolitisch neutralen Beamtenkabinetts unter der Führung von Dr. Marx vor. Die „Germania“ erklärt, die Tatsache, daß die Fraktion des preussischen Zentrums unmittelbar nach der Abstimmung die Abgeordneten von Papen und Lönard, die durch ihr unabweislich abfälliges Fernbleiben bei der entscheidenden Abstimmung, wesentlich zum Sturz des Kabinetts beigetragen haben, zur Niederlegung ihrer Mandate aufgefordert habe, beweise deutlich, daß die Zentrumsfraktion fest entschlossen sei, den einmal von ihr befolgten Weg weiter zu gehen. Die Koalitionsparteien werden weiterkämpfen, koste es, was es wolle.

Auch das „Berliner Tageblatt“ sagt, die gegebene Antwort auf den gestrigen Tag könne nur die sein, daß Dr. Marx den Fehdehandschuh aufnehme und den Waffengang fortsetze.

Der „Bormärts“ erklärt, es bleibe logischerweise nur die Wiederwahl von Marx zum Ministerpräsidenten, sowie die Wiederherstellung des gestürzten Kabinetts und eine neue Abstimmung im Landtag übrig.

## Die Märztagung des Völkerbundsrats

Genf, 21. Febr. Die Tagesordnung der 3. Tagung des Völkerbundsrats die am 9. März beginnt, umfaßt 22 Punkte, worunter sich eine große Reihe Deutsche besonders interessierender Fragen und auch mehrere Fragen von größtem allgemeinem politischen Interesse befinden. Einen großen Raum nehmen die Danziger Fragen ein, darunter auch die Frage der Aufhebung des polnischen Postdienstes im Gebiet von Danzig, worüber bisher nur der Bericht des Völkerbunds-Kommissars, aber noch keine Berufung der polnischen Regierung gegen seine Entscheidung vorliegt. Der Rat wird wahrscheinlich diesmal sich grundsätzlich mit der Frage der staatspolitischen Stellung Danzigs befassen und dabei auch über die vom Völkerbunds-Kommissar in Rom angerogerte Frage der Möglichkeit beraten, auf welche Weise die Zahl der Danziger Fragen vermindert werden könnte. Auf der Tagesordnung stehen weiter Saarfragen, wie die Ernennung der Mitglieder der Regierungskommission, die diesmal nach dem Ablauf der den Mitgliedern der Regierungskommission im März 1922 zugesagten dreijährigen Frist besonderes Interesse beanspruchen wird. Ferner kommt die deutsche Note an den Völkerbund zur Verhandlung, die eine Beantwortung durch den Rat erfordert wird, auch wenn der Rat selbst sich wahrscheinlich zur Erörterung der Frage einer Aufhebung des Artikels 16 des Völkerbundsstatutes die in der deutschen Note berührt wird, für unzuständig erklären dürfte, da die Aufhebung des Paktes nicht Sache des Völkerbunds ist. Von den großen internationalen Fragen wird wahrscheinlich die wichtigste, die des Genfer Protokolls, an erster Stelle stehen. Auf englischen Antrag hin wird sie bis zum September vertagt werden. In der Frage der Militärkontrolle des Völkerbundes in den vier Staaten der ehemaligen Mittelmächte wird der Rat zunächst darüber zu entscheiden haben, ob er in diesen Angelegenheiten einstimmig oder mit Mehrheit zu beschließen hat. Ferner wird ihm ein Bericht über die Frage der Befugnisse und der Vorrechte der Mitglieder der Kontrollkommissionen sowie ein Bericht der ständigen Militärkommission über die entmilitarisierten Zonen vorliegen und schließlich wird er über den Einspruch Polens zu entscheiden haben, das in der Militärkommission vertreten sein möchte. Ferner stehen die soeben von der Verbindungskommission behandelten Fragen der privaten Rüstungsindustrie auf der Tagesordnung. Schließlich befinden sich auf ihr ein Antrag der griechischen Regierung wegen der Ausweisung des Patriarchen aus Konstantinopel, die Fragen der Sanierung Oesterreichs und Ungarns und eine Reihe Berichte, darunter ein Bericht über die Frage der Befürwortung einer Danziger Anleihe. — Die Dauer der Tagung dürfte voraussichtlich wenigstens 12 Tage betragen.

## Politische Streiflichter

Der Schritt in die neue Woche kann umso leichter gemacht werden, als man in Berlin die Parlamente für eine Woche nach Hause geschickt hat, sowohl den Reichstag als auch den preussischen Landtag. Die politische Fastenzeit über die Wähermittwochstimmung möge den Parlamentariern wohl bekommen. Es war ein lässiges Spiel, das sie noch vor der Vertagung ausführten. Die Regierungskrise in Preußen ist mit der Abstimmung über den Billigungsantrag der Regierungsparteien wieder in das kritische Stadium ihres Anfangs zurückgeworfen. So behauerlich das im staatspolitischen Interesse auf der einen Seite ist, so logisch und damit berechtigt ist das Scheitern der Versuche auf der als zu schmal erweisenen Basis der „Weimarer Koalition“ das neue Regierungsgebäude wieder zu errichten. Schon die Wiederwahl des eben gestürzten Ministerpräsidenten Braun war eine politische Absurdität, die Wahl des ehemaligen Reichsfänglers wurde es, sobald seine weitergreifenden Pläne unter dem Druck der Verhältnisse auf die Weimarer Koalition zusammenschumpfen. Es ist nahezu unbegreiflich, wie ein Politiker wie Marx, dem selbst von seinen Gegnern diplomatisches Geschick und eine nüchtern-abwägende Art des Sehens nachgerühmt wurde, so selbst das feierliche Begräbnis seines Gedankens der „Volksgemeinschaft“ inszenieren konnte. Er hat damit nicht nur sich persönlich, sondern vor allem seiner Partei eine Niederlage bereitet, die umso bedeutungsvoller ist, als sie nicht mit einem einmaligen tatsächlichen Fehler entschuldigt werden kann, sondern an die grundsätzliche Führung der bisherigen Zentrumspolitik rührt.

Im Reichstag begann der Kampf um die Ruhrkredite, angeführt von der Sozialdemokratie. Aber die Entrüstungsregie über die Milliardenkredite klappte nicht. Der Kanzler und nach ihm Dr. Stresemann hatten wieder recht, da sie zu ihrer Entlastung auf die bittere Not einer erbarungslos angestregenen Zeit verwiesen. Es ist unfer aller Schicksal, daß wir zu schnell vergessen, und zumal wenn die Parteipolitik hineinspielt, der eigentlichen Vorgänge uns auch gar nicht mehr erinnern wollen. Wer den furchtbaren, qualvollen Spätherbst von 1923 noch in treuem Gedächtnis bewahrt, weiß, wie wir damals nur noch von einem Tag zum andern lebten. Im Reichstagskabinett spielte man mit dem Besatzungsgeboten, erzog ihn, verzweifelt und nach täglich neuen Fehlschlägen ratlos, wohl schon ganz ernsthaft. In jenen Stunden haben wir alle es als Erlösung empfunden, als sich dann doch ein Ausweg aufzutun schien, der die Weiterführung der Werke sicherte und Arbeitslosigkeit und den schon damals fühlbaren Hunger zu bannen verdrück. Selten wir ehrlieh: Wenn man zu jener Frist ein Fleißigt veranstaltet hätte über die Frage, ob das Reichskabinett zu solchen Ende 700 Millionen Mark auswerfen würde, sie wäre millionenfällig gerade auch mit den Stimmen der Arbeiterschaft bejaht worden. Darum: Wer gerecht urteilen will, wird sich in die Stimmung jener Tage zu versetzen haben. Fehler und Irrtümer, auch abseits von eintretlichem Verschulden, das die Regierung reumütig eingesteht, werden schon vorgekommen sein. Sie im einzelnen festzustellen ist — die Erklärungen der Regierungsparteien waren in dem Belange durchaus ungenügend — der Wunsch aller Gruppen des Hauses. Ergibt sich, daß die Ruhrindustrie zu viel erhiebt, so wird sie den Ueberschuß zurückzuerstatten haben. Aber von einem „Ruhr-Panama“ sollte man doch nicht reden. Wir haben damals wie im Kriege gelebt und wie in ihm sicher oft genug die Sorgfalt des ordentlichen Kaufmanns vermissen lassen. Im übrigen hat nun der Untersuchungsausschuß das Wort.

Nach den Abmachungen, die Ende 1922 getroffen wurden, erlischt die Amtszeit des Reichspräsidenten Ebert Ende Juni. Der Wahlmodus eines Reichspräsidenten ist sehr kompliziert. Die Parteien haben offenbar die Wahl des Reichspräsidenten als eine günstige Gelegenheit betrachtet, ihre Kräfte zu messen und dabei ein Wahlsystem ausgestellt, das, wie so manche andere Verfassungsbestimmung, in Deutschland mehr den Parteierfordernissen als dem Allgemeininteresse dient. Das Wahlgesetz bestimmt, daß derjenige zum Reichspräsidenten gewählt ist, der mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhält. Ergibt sich keine solche Mehrheit, so findet ein zweiter Wahlgang statt, bei dem gewählt ist, wer die meisten gültigen Stimmen erhalten hat. Mit andern Worten: für den ersten Wahlgang ist die sogenannte absolute, für den zweiten Wahlgang die relative Mehrheit vorgegeben. Das bedeutet, daß es sich alle Par-

teien leisten können, mit eigenen Präsidentschaftskandidaten ins Feld zu ziehen, und die Reizung wird umso größer sein, je mehr Parteien diese Absicht befolgen, weil dadurch die Möglichkeit, daß ein Kandidat die absolute Mehrheit erhalten könnte, natürlich verringert wird. Beim zweiten Wahlgang können alle Kandidaten sich ebenfalls um die Wählerstimmen bewerben, weil es nunmehr lediglich auf die relative Mehrheit ankommt. In der Praxis dürfte es sich aber so gestalten, daß die Parteien, nachdem sie im ersten Wahlgang ihre Kräfte gemessen haben, im zweiten Wahlgang unter sich Abmachungen treffen, um durch Zurückziehung einzelner Kandidaturen die Stimmen für bestimmte Kandidaten zu vermehren. Bei der großen, neben der deutschen Eigenbrodelerei durch die Wirkung des Proportionalwahlrechtes zu erklärenden Parteienzersplitterung wäre es natürlich richtiger gewesen, man hätte einen Wahlmodus ausfindig gemacht, der verwandte Parteien von vornherein zu Abmachungen über eine gemeinsame Kandidatur veranlaßt. Das Unglück ist nun einmal aber geschehen, und man wird zunächst einmal auf die vorgegebene Weise in diesem Jahre wählen müssen. Der Wahltermin ist noch nicht festgesetzt, die Wahl wird aber im Mai stattfinden müssen, weil mit zwei Wahlgängen zu rechnen ist und für die Festsetzung des Wahlergebnisses wie für die Vorbereitung eines etwaigen Wechsels der Person des Präsidenten die nötige Zeit vorgegeben werden muß. Den Parteien bleibt also gar nicht mehr so viel Zeit für die Vorbereitung der Präsidentschaftswahl. Wenn man bedenkt, daß in den Vereinigten Staaten die Wahlkampagne allein vier Monate dauert, könnte man sogar an Zeitmangel denken; aber es ist ja nicht notwendig, die Gebrauche der Pankees nachzuahmen, obgleich die Präsidentschaftswahlen in Amerika die einzige zulässige Parallele zu der deutschen Präsidentschaftswahl abgeben. Zur Präsidentschaftswahl müssen neue Wählerlisten festgestellt werden. Wichtiger sind aber die Verhandlungen der Parteien, die vor kurzem und zunächst noch in ziemlich unverbindlicher Form begonnen haben.

## Neues vom Tage

### Veröffentlichung des Kontrollberichts

Paris, 21. Febr. Trotz der ständigen Verhandlungen zwischen den Kabinetten von Paris, London und Brüssel, hat man sich noch immer nicht darüber einigen können, ob ein Teil des Kontrollberichts über der ganze Bericht veröffentlicht werden soll. In amtlichen Kreisen verlanget, daß man sich grundsätzlich auf eine Veröffentlichung geeinigt habe, nur streite man sich noch darüber, ob sich die Veröffentlichung auch auf die Anhänge erstrecken soll und besonders auf die Teile, die sich mit den Mannschafbeständen des deutschen Heeres befassen. Vor Ende der Woche sei mit einer Einigung nicht zu rechnen.

### Sitzung der Repto

Paris, 21. Febr. Die Repto hielt eine Sitzung ab, an dem zum letzten Mal der englische Delegierte Lord Bradburn teilnahm, der seinen Nachfolger Lord Wamesburgh vorstellte. Barthou erklärte, daß der Dawesplan der Repto zu Gunsten der Dawesorganisationen in Berlin eine Reihe ihrer bisherigen Befugnisse genommen habe. Die Repto bleibe aber gleichwohl die juristische Instanz für die Reparationsfragen gemäß dem Versailler Vertrag. Die Repto behalte das Kontroll- und Rekursrecht. Schließlich bestätigte die Kommission Barthou als Präsidenten und Salvago Raggi als Vizepräsidenten für ein weiteres Jahr.

### Die Pariser Verhandlungen

Paris, 20. Febr. Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Handelsminister Ranaud haben die Verhandlungen über die Frage, eine Verhandlungspause eintreten zu lassen, fortgesetzt. Sie kamen zu dem Ergebnis, die Entscheidung hierüber bis zum Donnerstag zu vertagen, da der französische Handelsminister eine Reise nach Marseille antritt, und erst am Mittwoch wieder nach Paris zurückkehrt. Die Zwischenzeit soll benutzt werden, die Vorschläge, die von den beiden Delegierten gemacht worden sind, auch weiterhin zu diskutieren und wenn möglich, eine endgültige Formel sowohl für den Abschluß eines modus vivendi, als für den Abschluß eines endgültigen Handelsvertrags zu finden.

### Regierungserklärung in Lippe-Deimold

Deimold, 21. Febr. Im Lippischen Landtag wurde namens der Parteien folgende Erklärung seitens des Landtagspräsidenten abgegeben: Bei der politischen Kräfteverteilung im Landtag war z. Zt. die Bildung eines nach politischen Gesichtspunkten zu wählenden Landespräsidentiums



nicht möglich. So wird deshalb zwischen den beteiligten Parteien folgende befristete Vereinbarung getroffen: Von der Wahl eines politischen Landespräsidiums wird z. B. abgesehen. Die Fortführung der leitenden Landesverwaltung erfolgt auf Grund der verfassungsrechtlichen Bestimmungen und der Gesetze durch ein aus der Wahl des Landtags hervorgegangenes Landespräsidium, dessen Mitglieder spätestens am 1. Oktober 1925 von ihrem Amt zurücktreten.

#### Polnische Ausschreitungen gegen Deutsche

Chorzow in Polnisch-Oberschlesien, 21. Febr. Hier kam es zu Ausschreitungen gegen in dem Städtchen besetzte deutsche Arbeiter. Eine Bande von 40-50 Mann forderte beim Schichtwechsel von den herauskommenden deutschen Arbeitern die Ausweisung. Inhaber grüner Verkehrskarten, d. h. die Leute die im deutschen Gebiet wohnen, oder in Polen wohnende deutsche Staatsangehörige wurden mißhandelt. Zwei Wertmeister aus Königshütte erlitten dabei so schwere Verletzungen, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

### Deutscher Reichstag

Berlin, 20. Febr.

Nach einer Schmäherde der Abg. Frau Colpe (Kom.) kritisierte Abg. Dietrich-Baden (Dem.) die Entschädigungsaktion der Regierung und stellt fest, daß sich selbst aus den Angaben der Regierung ergebe, daß 140 Millionen zurückgezahlt worden seien. Es werde Aufgabe des Untersuchungsausschusses sein, dieses Geld zurückzubekommen, das ungefähr ausreichen würde, um die berechtigten Ansprüche der geschädigten Auslandsdeutschen zu befriedigen. — Reichsaußenminister Dr. Stresemann betont alsdann, es dürfe bei der Beurteilung der wechselnden Haltung der Reichsregierung nach dem Abbruch des passiven Widerstands nicht vergessen werden, daß die innerpolitischen Maßnahmen der Regierung stark von der Außenpolitik beeinflusst waren. Es sei ganz unmöglich gewesen, zu der damaligen Zeit, wo an einer besseren Lösung der Reparationsfrage gearbeitet worden sei, die Öffentlichkeit mit den Umwälzungen bekanntzumachen, die mit der Industrie über die Frankreich gegenüber einzunehmende Haltung getroffen worden waren. Die Briefe, die er an Stinnes geschrieben habe, seien dem ganzen Reichskabinett bekannt gewesen. An der entscheidenden Kabinettsitzung vom 20. Oktober hätten nicht nur die sozialdemokratischen Minister Schmidt und Sölkmann, sondern auch der preussische Ministerpräsident Brauns teilgenommen und der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes, der sozialdemokratische Abgeordnete Hufemann, habe in einem Brief an ihn verlangt, daß die Sachleistungen der Industrie vom Reich bezahlt würden. In der erwähnten Kabinettsitzung habe Einmütigkeit bestanden und der damalige Innenminister Sölkmann habe sich sogar dagegen gewandt, daß der Finanzminister auf einzelnen Gebieten sparen wolle. Im weiteren Verlauf der Debatte widerspricht Abgeordneter Robert Schmidt (Soz.) einigen Mitteilungen des Außenministers und erklärt u. a., daß die Sitzung vom 1. Oktober nicht die entscheidende gewesen sei. In der Sitzung am 1. November habe er Stimmhaltung geübt, weil er als zuständiger Wiederaufbauminister zu den Vorverhandlungen mit der Industrie nicht hinzugezogen worden sei. — Schließlich wird die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beschlossen, dem 21 Mitglieder angehören sollen und die Denkschrift der Regierung dem Haushaltsausschuß überwiegen.

### Württembergischer Landtag

Stuttgart, 21. Febr. Der Landtag nahm am Freitag abend den Entwurf eines Gesetzes betr. neue Fassung des Pensionergesetzes an und setzte dann die Beratung des Etats des Finanzministeriums fort. Nach rascher Erledigung einiger Kapitel trat das Haus in eine Steuerdebatte ein, die der Abg. Dr. Schall (Dem.) mit dem Hinweis darauf einleitete, daß der württ. Etat für 1924 nur deshalb

so gut abschloß, weil die Reichssteuerüberweisungen eine erwartete Höhe erreichten. Er wies darauf hin, daß die Steuerbelastung 8 Prozent des Umsatzes ausmache, während sie vor dem Krieg nur 1-2 Prozent betrug. In Württemberg wurden im Jahre 1921 von den Staatsausgaben gerade 50-60 Prozent durch Steuerüberweisungen, 30 Prozent durch Landessteuern und 10 Prozent durch die Erträge des Staates. Bei dieser Sachlage würden sich Abstriche auch am dringenden Bedarf nicht vermeiden lassen. Der Regierung warf er vor, daß sie nichts konkretes und praktisches getan habe, um die von der früheren Regierung eingeleitete Staatsvereinfachung fortzusetzen. Der Abg. Pfaff (Str.) beklagte namentlich die steuerliche Überbelastung der Landwirtschaft und verlangte die Abschaffung der Vorauszahlung. Abg. August Müller (S.S.) wünschte eine erträgliche Gestaltung der Steuern nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit und brachte einige Forderungen in das Haus, als er sagte, die Ausführungen des Abg. Winkler (Soz.) von Freitag morgen hätten besser in einen Zirkus gehört, worauf der Abg. Ulrich (Soz.) schlagfertig antwortete, in jeden Zirkus gehöre eindammer August. Abg. Roth (Dem.) beleuchtete die Situation durch den Zwischenruf: Wir haben doch keine Kappensitzung.

Winkler (S.) beantragt noch einen Gesetzentwurf vorzulegen, nachdem die Gebäudeversicherungsteuer (Mietsteuer) im ganzen Aufkommen zur Förderung des Wohnungsbaus verwendet wird. Rath (D.B.) weist auf die neue Lage durch die Reichssteuerentwürfe hin. Für 1924 dürfen wir danach eine Einschränkung zur Einkommensteuer nicht mehr erwarten. Die Begründung sei aber nicht unbedenklich.

Finanzminister Dr. Dehlinger betont, daß bei der Finanzministerkonferenz die Länderminister den ganzen Ernst der Lage vorgetragen haben. Es sei unmöglich 1925 mit dem auszukommen, was die Referendarentwürfe boten. Ueber die Entwicklung unserer Finanzlage könne er sich kurz lassen. Seine Einschätzung des Abmangels im Sommer auf 10 Millionen Mark sei genau berechnet gewesen. Die Erhöhung der Beamtenbeholdung sei auf 20 Millionen geschätzt worden. So sei er Anfang Juni auf 30 Millionen Mark gekommen. Die Abdeckung bis auf 5.75 Millionen Mark bis zur Vorlegung des Etats sei auf Besserung der Wirtschaft, höheres Steuereinkommen, Einsparung von Ausgaben u. a. erreicht worden; etwa 7 Millionen durch genaues Nachrechnen. So haben wir einen klaren und sicheren Etat erhalten und dem Reichsfinanzminister auf seiner Grundlage entscheidend entgegenzutreten können. Die Reichssteuerentwürfe sollen die Steuerlast wieder erträglich machen. Dem Landtag werde zur Gewerbesteuer ein Entwurf zugehen, der die Veranlagung neu regle. Die Beanstandung der Heranziehung der Gürtlereien zur Grundsteuer werde nachgeprüft und gegebenenfalls die Frage in diesem Entwurf mit zur Regelung kommen.

Stuttgart, 21. Febr. Der Landtag setzte am Samstag die Beratung des Etats des Finanzministeriums mit der gestern begonnenen Steuerdebatte fort, wobei der Abg. Scheef (Dem.) besonders hervorhob, daß der günstige Abschluß des Jahres 1924 nicht ein persönliches Verdienst des Finanzministers, sondern die Folge der Ueberweisungen des Reiches sei. Dann schritt man zur Abstimmung und nahm die vom Finanzministeriums vorgeschlagenen Anträge auf Ertragsmäßige Gestaltung zahlreicher Steuern, auf Rücksicht für die linderreichen Familien und die Leistungsfähigkeit, namentlich aber auch auf Schonung der Lohn- und Gehaltsempfänger, der kleinen Landwirte und Kleingewerbetreibenden, auf Befreiung der Wegsteuer für landw. Gespanne und auf Steuerbegünstigungen bei Watterschäden an. Ein Antrag Winkler (S.), die ganze Mietzinssteuer zu Wohnungsbauten zu verwenden, wurde mit 35 gegen 25 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Die demokratische Fraktion stimmte dabei teils mit Ja, teils mit Nein, teils mit Enthaltung. Angenommen wurde auch ein Antrag des Abg. Müller (S.S.) auf Ermäßigung der Branntweinsteuer bei Herstellung aus eigenem Produkt und für den eigenen Haushalt. Dann gab es eine längere Debatte zum Kapitel Forstverwaltung. Die Ausfüh-

rungen der zahlreichen Redner bewegte sich in der Richtung der Ausschuhentwürfe, die sämtlich angenommen wurden. Sie verlangen die Bereitstellung von Forststreifen, die Abgabe von Brennholz an bedürftige Schwerkrankenbesüßte und an Waldarbeiter, Berücksichtigung der Feuerungsverhältnisse beim Abschluß von Tarifverträgen mit den Waldarbeitern, zeitgemäße Umarbeitung der Dienstanweisung für das weitere Forstpersonal und Einführung des Forstschlichtensystems für die Vorbildung zum Försterberuf. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch statt.

### Aus Stadt und Land.

Altensteig, 23. Februar 1925.

#### Erhebliche Verbesserungen auf der Nagoldbahn.

Die Handelskammer Calw schreibt uns: Die Reichsbahndirektion Stuttgart gibt uns die Ermächtigung, die für den Jahresfahrplan 1925/26 vorgesehenen Aenderungen zu veröffentlichen. Wir machen von dieser Erlaubnis umso lieber Gebrauch, als der Entwurf eine ganz erhebliche Verbesserung des Verkehrs insbes. auf der Nagoldbahn mit sich bringt. Die Anschlüsse an das neu einzulegende Eilzugpaar bringen auf der Nebenbahn Nagold-Altensteig schätzenswerte Verbesserungen, aber die alten dringenden Wünsche auf Anschluß an den Abendzug 746/936 der Richtung Göttingen-Pforzheim, Nagold an 9.48 Uhr und ferner die so notwendige Verbindung mit den Mittagszügen in Nagold, Nagold ab 12.31 Uhr in der Richtung Göttingen, und Nagold ab 1.51 Uhr in der Richtung Pforzheim sind leider wieder nicht berücksichtigt.

#### 1. Strecke Pforzheim-Göttingen.

5. Juni bis 30. Sept. verkehren Eilzug 901 Pforzheim ab 7.45 Calw an 8.19, Göttingen an 8.56 mit Anschluß an D 38 und Eilzug 934 mit Anschluß an D 37 Göttingen ab 7.26 Calw 8.18 Pforzheim an 8.51.

Ganzjährig sollen verkehren: Zug 905 Pforzheim ab 8.10, Calw an 9.20, Nagold an 10.11 und 906: Göttingen ab 8.18, Calw an 9.22, Pforzheim an 10.12.

An Stelle von Zug 930 Göttingen ab 7.00 Calw 7.59 Pforzheim 8.48 soll in der Zeit vom 5. Juni bis 30. Sept. Zug 920 laufen: Göttingen ab 4.57 Calw 6.08 Pforzheim an 7.04.

Zug 937 verkehrt im späteren Plan: Pforzheim ab 10.06 Calw an 11.10, Nagold an 11.47.

Zwischen Pforzheim und Unterreichenbach soll Werktags außer Samstag verkehren: 913 Pforzheim ab 12.22, Unterreichenbach an 12.51, 918: Unterreichenbach ab 1.23, Pforzheim an 1.50.

Für den Ausflugsverkehr sind vorgezogen Sonntags vom 5. Juni bis 15. Sept. Zug 903 Pforzheim ab 6.20 Calw an 7.24, Zug 908 Calw ab 7.40, Pforzheim an 8.40. Der Sonntagszug 932 Calw ab 6.22 Pforzheim an 7.24 soll künftig auch im Winter verkehren, im Sommer soll ein späterer Zug gefahren werden: 938 Leinach ab 7.34 Calw an 7.45 Pforzheim an 8.45.

Vom 1. Juli bis 15. Sept. Saisonschnellzüge von Frankfurt nach Wildbad und Freudenstadt über Heidelberg, Karlsruhe, Frankfurt ab 12.40 Pforzheim an 4.08, Wildbad an 4.50 Freudenstadt an 6.20. Zurück: Freudenstadt ab 11.27, Wildbad ab 12.45, Pforzheim an 1.13, Frankfurt an 4.44.

#### 2. Pforzheim-Wildbad.

Sämtliche Züge wie im Sommer 1924, außerdem wird auch der seit 5. Okt. verkehrende Zug 956 Wildbad ab 6.55 Pforzheim an 7.41 beibehalten.

#### 3. Stuttgart-Calw.

Züge 856 Stuttgart ab 7.25 Calw an 9.17 und 867 Calw ab 3.27 Stuttgart an 5.28 sollen das ganze Jahr täglich verkehren.

Für den Ausflugsverkehr sind Sonntags vom 5. Juni bis 15. Sept. vorgezogen: Zug 852 Stuttgart ab 5.48 n. Calw an 7.33 und 871: Liebenzell ab 6.59 Calw ab 7.09 Stuttgart an 8.51.

### Ingeborg.

Roman von Fr. Lehne.

Uebersetzung durch Stuttgarter Romanzentrale G. Adersmann, Stuttgart.

Ingeborg schritt ihr voran über die mit weißem Sand bestreute Diele und blieb vor der Wohnstubentür links stehen. Dem Mädchen winkte sie, sich zu entfernen. Rechts lagen die Zimmer des Vaters, sein Arbeitszimmer und sein Studierzimmer. Unbeschreibliche Gefühle erfüllten sie. Sie lehnte den Kopf gegen die Tür, und unaufhaltsam kamen die Tränen über ihr Antlitz. Sie kam sich vor wie eine verlorene Tochter, die sich schen und schweren Herzens ins Elternhaus zurückzieht. Sie aber hatte doch nichts zu bereuen — und noch einmal vor die Wahl gestellt, würde sie genau wieder so handeln!

Die Erinnerungen waren übermächtig in ihr geworden. Doch mußte sie sich beherrschen. Sie trocknete ihre Tränen und klopfte an. So leise es geschah vor, man hatte es doch gehört. Die Tür wurde schnell geöffnet.

Mutter —

„Mein Kind, mein liebes Kind —“

Sie lagen sich in den Armen, und in dem Gefühl der Wiedersehensfreude ging alles andere unter.

Ingeborg war doch etwas erschreckt von dem Aussehen der Mutter. Hier in der alten, vertrauten Umgebung sah sie erst, wie hilflos sie war. Ihre Bewegungen waren matt und kraftlos und das Gesicht trug einen so müden, leidenden Ausdruck, der ihr bis in die tiefste Seele weh tat. Wenn die Mutter bei ihr zu Besuch weilte, war ihr das gar nicht so aufgefallen; da hatte die ungewohnte Umgebung, das Neue, anregend gewirkt!

Sie sahen Hand in Hand auf dem Sofa, und Frau Elguth wurde nicht müde, die Tochter zu betrachten. Von

allem Möglichen sprachen sie; nur der Vater wurde vorläufig nicht erwähnt.

Ingeborg sprach ihre Beforgnis über den Zustand der Mutter aus.

„Mein Kind, Du hast nicht nötig, Dich um mich zu ängstigen. Ich bin nicht krank. Nur so matt und schwach. Das ist der Frühling, der mir in den Gliedern liegt. Sonst wäre ich ja so gern zu Dir gekommen; ich wagte es aber nicht. Nun ist's mir auch lieber, daß ich Dich hier habe.“

Ingeborg sah recht gut, daß kein eigentliches körperliches Leiden die Mutter quälte, es war nur das freudlose, einsame Leben, das an ihr zehrte, und das mußte anders werden. Sie mußte heraus aus dieser Umgebung, mußte andere Eindrücke gewinnen, und sie sprach das auch aus.

Trübe schüttelte Frau Elguth den Kopf, und ein schmerzliches Wächeln verzog ihren Mund.

„Ich kann nicht fort, Inge, bedenke, Dein Vater! Er ist so an mich gewöhnt; niemand weiß ihm so aufzuwarten wie ich; er würde es sehr vermissen, ich kann und will ihn auch nicht allein lassen.“

„Warum nicht? — Er kann endlich einmal einsehen, was er an dir hat. Du hast ihn eben zu sehr durch Deine Anspruchslosigkeit und Dankslosigkeit verwöhnt. Ist er zu Hause? — Was sagte er zu meinem Briefe?“ fragte sie leise.

„Er hat nichts dazu gesagt, nur, er könne mir nicht verwehren, Besuch zu empfangen. Zu Hause ist er nicht, er kommt auch zu Tisch nicht heim“, entgegnete die Mutter gedrückt.

Ueber Ingers Gesicht lief ein Schatten; aber ohne Zwang lie sie sich. Sie wollte nicht weichen und dadurch der Mutter die Freude zerstören; es war ihr gutes Recht, der zu sein.

„Dann kann ich mir auch nicht helfen. Mutterchen! Wenn Du mich behalten willst, so bleibe ich trotzdem, wir können uns ja während der zwei Tage aus dem Wege gehen! Wie geht's denn dem Vater?“

„Du weißt ja, wie er ist, es ist noch immer dasselbe, er ist nur grauer geworden!“

„Auch in der Seele? — Wie er mir leid tut! Und fragst nicht nach mir?“

„Nicht ein einziges Mal! So oft habe ich Deine Briefe und die Kritiken über Dein Spiel abschlägig liegen lassen, er hat sie nicht angerührt — siehst Du, Kind, und das gramt mich so.“

Ingeborg strich über ihr verhärtetes Gesicht.

„Nicht doch, Du Gute! — Paß nur auf, es wird alles gut enden! Vorläufig nehme ich Dich im Mai mit mir nach Marienbad und dann, Mutter, wirst Du ihn auch kennen.“

„Den, mein Kind?“ — Verblüffend blickte die Pfarrerin. Eine helle Röte färbte Ingeborgs Gesicht und sie flüsterte verschämt: „Jhn, Mutter, der mich liebden ich wieder liebe.“

„Ist's möglich, Ingeborg — Du —“

„Ja, Mutter, ich bin Braut, heimliche Braut, und mein Erwählter wird Dich sicher nicht mißfallen. Schau her — an ihrer Uhrkette trug sie ein herzförmiges Medaillon, in dem sie Dietrichs Bild vermauerte, welches sie ihrer Mutter zeigte. Stimmend betrachtete es diese.

„Ein Offizier —! Ein hübsches Gesicht mit guten freundlichen Augen.“

„So ist er auch. Dietrich von Steinbeck heißt er“, und sie erzählte, daß und aus welchen Gründen die Verlobung noch geheim bleiben müsse, „es weiß auch niemand, außer Frau von Franzius darum, aber er hat mir für Dich Grüße aufgetragen.“

(Fortsetzung folgt)





Solange der Gilyug 934 Eutingen-Pforzheim, Calw an 8.16 verkehrt, wird Zug 875 später gelegt: Calw ab 8.21 Stuttgart an 10.15.

#### 4. Nagold - Altensteig

Es verkehren sämtliche Züge vom letzten Sommer. Die Züge 5 Sonntags Nagold ab 8.45 und 7 Werktags Nagold ab 9.00 erhalten Anschluss von dem Gilyug 901 Pforzheim Eutingen Nagold an 8.38, Zug Werft. Altensteig ab 7.30, S. ab 7.15 hat Anschluss an diesen Gilyug. Zum Anschluss an Gilyug 934 Eutingen Pforzheim, Nagold ab 7.54 wird Zug 18 im Sommer früher gelegt: Altensteig ab 6.57 Nagold an 7.48.

Es wird nun erneuter dringender Vorstellungen bei der Reichsbahndirektion bedürfen, um endlich durch Einlegung eines weiteren Abendzuges Anschluss an den letzten Zug in der Richtung von Eutingen her zu bekommen und ferner, die so notwendige Verbindung auf die Mittagszüge in Nagold in der Richtung Eutingen und Pforzheim zu erhalten, Nagold ab 12.31 und 1.51 Uhr.

\* **Bestätigt** wurde die Wahl des Obersekretärs **W. d. L.** in Nagold zum Ortsvorsteher der Gemeinde Cronau, O.A. Warbach.

\* **In den Ruhestand versetzt** wurde seinem Ansuchen entsprechend Hauptlehrer **Raff** in Ebershardt.

\* **Schneefall.** Der gestrige Sonntag brachte einmal Schneefall und zwar den ausgiebigsten in diesem Winter. Von morgens früh bis nachmittags schneite es ununterbrochen, so daß schließlich eine schöne Winterlandschaft hingehaubert war. Nicht nur die Jugend, auch die Erwachsenen freuten sich über dieses seltene Ereignis in diesem Winter. Reichte es bei uns auch nicht zum Rodeln, so reichte es doch zu Schneeballschlachten, die verschiedentlich geschlagen wurden. Heute früh trat vorübergehend erneuter Schneefall ein. — Es scheint also doch noch Winter zu werden!

\* **Familienabend.** Der **Viederkrantz** hatte seine Mitglieder gestern in den Sternensaal zu einem Familienabend eingeladen, der sehr gut besucht war und den Mitgliedern einige frohe Stunden verschaffte, entsprechend dem Wunsch des Vorstandes **Wizemann** in seinen Begrüßungsworten. Die Streichmusik der Stadtkapelle, die mitwirkte und den Abend verschönte, eröffnete die Darbietungen des Abends mit einem lustigen Marsch und als der **Viederkrantz** das lustige Lied „Ich bin ein fahrender Geselle“ gesungen hatte, war schon Stimmung im Saal. Es folgten noch einige mit großem Beifall aufgenommene Lieder, die humoristischen Duette „Danzbürg auf der Brautschau“ und „Ein gemütliches Kaffeestündchen“, wofür letzteres einen sehr ungemütlichen Ausgang nahm. Beide wurden gut gegeben und viel belacht; auch das Couple „Ich hab zu viel Angst vor meiner Frau“. In das Programm waren auch einige Tänze gestochen, die eine Polonaise einleitete, die prachtvoll angeführt wurde und Teilnehmer und Zuschauer viel Vergnügen machte. Nach einer kleinen Auflösung ging es zum allgemeinen Tanz über, der den Familienabend beschloß.

Eine „Anlage gegen die Geistesfreiheit.“ Landau, Landau, von Haus zu Haus wird gegenwärtig in Hunderttausenden von Exemplaren ein Flugblatt, betitelt „Anlage gegen die Geistesfreiheit“, verbreitet. Es handelt sich dabei um einen planmäßigen Vorstoß der „Ersten Bibelforscher“, einer durch ihre Aufdringlichkeit bekannten Sekte, die aus Amerika stammt und von dort aus geleitet wird. Das besagte Machwerk gibt in häßlichstem Deutsch einen Vortrag wieder, den das Haupt der Sekte bei ihrer größten Generalversammlung letztes Jahr gehalten hat und ist schon dadurch gekennzeichnet, daß den Geistlichen die Hauptstrahl für den gegenwärtigen beklagenswerten Zustand der Welt zugeschrieben wird; u. a. wird behauptet, sie hätten sich mit den Geldfürsten und Profitmachern verbündet um das Volk zu unterdrücken, sie hätten den Völkerverbund, der zum Reiche des Teufels gerechnet wird, für „den politischen Ausdruck des Reiches Gottes auf Erden“ erklärt; zugleich sollen sie aber doch die Wortführer des Militarismus und des Krieges sein. Als geradezu ungeheuerliche Verleumdung muß auf deutschem Boden die Behauptung wirken, die Geistlichen hätten in verschiedenen kriegerischen Staaten ihre Kirche zu Rekrutierungskolonien gemacht und schmutzigen Gewinn als Schandlohn für ihre Dienstleistungen beim Anwerben junger Männer für den Krieg angenommen. Während den Geistlichen vorgeworfen wird, sie hätten das Volk aus Selbstsucht in Unwissenheit über die Bibel, gepflegt auch dieses Flugblatt der „Ersten Bibelforscher“ in der marxistischen Prophezeiung: „Millionen jetzt auf Erden lebender Menschen werden niemals sterben“. Bekanntlich soll im laufenden Jahr 1925 des messianische Reich anbrechen, in dem diese Prophezeiung sich erfüllt, nachdem sie im Jahre 1914 schiefgeschlagen hat. Es genügt, diese Dinge niedriger zu hängen; weiteste Kreise unserer Bevölkerung werden sich aufs entschiedenste verbiten, durch solch groben Unfug von anmaßender amerikanischer Aufmachung belästigt zu werden, auch wenn hierbei angeblich „der Same der Verheißung gegen den Samen der Schlange“ kämpft.

— Zu den Aufwertungsfragen. Nachdem der neue Reichstag einen besonderen Ausschuß zur Beratung der Aufwertungsfragen gebildet hat, hat sich der Präsident des Deutschen Evang. Kirchenausschusses **D. Dr. Kapler** erneut an den Reichstag mit einer Eingabe gewendet. Darin ist zunächst darauf hingewiesen, daß die evang. Landeskirchen und die Mehrzahl ihrer Gemeinden vor dem Krieg ihre Kapitalvermögen in den als mündelhaft bezeichneten Anleihen und in Hypotheken angelegt hatten, daß durch die Entwertung dieser Vermögensanlagen ihr wirtschaftlicher Bestand schwer betroffen ist. Dadurch ist es unmöglich geworden, die heute so dringend notwendige Liebestätigkeit ausreichend durchzuführen; die kirchlichen Stiftungen und die Liebeswerke der Inneren Mission haben auch viel ma-

terielle Hilfe gewährt. — Weiterhin wird in der Eingabe betont, daß es sich bei der Aufwertung um eine elementare Forderung der Gerechtigkeit handelt. Viele Volksgenossen, die vielfach zur Vermögensanlage in mündelhaften Papieren genötigt waren, verloren durch die Entwertung nicht allein ihr materielles Gut, sondern auch ihr Vertrauen zur staatlichen Gerechtigkeit und zur Sicherheit des Gemeinwesens. Dieses wiederherzustellen hält die evang. Kirche wegen ihrer durch die Tat bezeugten Einstellung zum Staate für eine dringende Pflicht des Staates. Durch die 3. Steuernotverordnung sind die einander entgegenstehenden Interessen der Gläubiger und Schuldner nicht in gerechter Weise ausgeglichen. Das Evang. Kirchenvolk erwartet eine wesentliche Umgestaltung dieser Verordnung. Den notleidenden Bevölkerungskreisen, sowie den Kirchen und den Liebeswerken muß geholfen werden, soweit es die Lage des Staates und der Wirtschaft tragend zuläßt.

— **Landwirtschaftliche Kredite.** Die Deutsche Rentenbank teilt mit: Zur Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion hat der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank beschlossen, eine Ermäßigung der Zinssätze eintreten zu lassen. Die Deutsche Rentenbank gibt ihre Gelder an die Kreditvermittler nunmehr zu Bedingungen, die es dem letzten Geldgeber ermöglichen, alle von der Deutschen Rentenbank herrührenden Kredite zu 12 Prozent an die Landwirtschaft zu leiten. Dieser Beschluß tritt, wie der Nachrichtenendienst erläutern, sofort in Kraft. Der Zinssatz von 12 Prozent ist als Höchstmaß aufzufassen und eine Ermäßigung unter diesem Satz möglich.

**Nagold, 21. Febr.** (Vom Rathaus.) In der letzten Gemeinderatssitzung vom 18. Februar ist von interessierter Seite beantragt worden, den seit 20 Jahren bestehenden **Schlachthauszwang für Hauschlachtungen** von Schweinen aufzuheben. Abzusehen davon, daß von den zuständigen Behörden eine Aenderung der Polizeivorschrift nicht genehmigt würde, ist der Schlachthauszwang nach § 3 der Ministerialverordnung vom 1. Februar 1903, betr. den Verkehr mit Schlachtvieh und Fleisch, an öffentlichen Schlachthäusern auch für Hauschlachtungen gesetzlich vorgeschrieben. Der Schlachthauszwang beruht also auf Gesetz und nur die nähere Durchführung ist der ortspolizeilichen Vorschrift vorbehalten. Es wäre also ein Irrtum, wenn angenommen würde, der Schlachthauszwang wäre auf das Betreiben der Metzgerinnung zurückzuführen. Nach lebhafter Debatte wird vom Gemeinderat von dieser Sachlage Kenntnis genommen und zur Tagesordnung übergegangen. Wer der Vorschrift zuwiderhandelt, macht sich nach wie vor strafbar. — Die Schreinerinnung des Bezirks Nagold will in der Sommerferien eine **W. d. L. a. u. s. t. e. l. l. u. n. g.** größeren Stils veranstalten und hat hierzu um Ueberlassung der Räume des Gewerbelehraufseher. Dem wird entsprochen und diese löbliche Absicht auch von der Stadtverwaltung begrüßt und unterstützt. Dabei wird als selbstverständlich davon ausgegangen, daß sämtliche Geschäfte am Platz sich beteiligen können. — Dem Geselligkeitsverein Nagold wurde zu seiner Befähigung und Karlsruhenausstellung am 1. März ein Beitrag von 50 M. verwilligt. — Vom dem Bericht des Oberamtsbaumworts über den Stand der Obstbaumplantagen wird mit Interesse Kenntnis genommen. Zur Durchführung gründlicher Schädlingsbekämpfung empfiehlt der Oberamtsbaumwart die Anschaffung einer größeren **B. a. u. m. s. p. r. i. e.** Dadurch könnte der Kalkanstrich fortfallen, wodurch allein schon die Kosten einer Spritze gedeckt würden. Auch könnten auf Wunsch Privatbäume durch den Feldschützen bespritzt werden. Die Anschaffung einer fahrbaren Spritze mit 100 Liter Inhalt wird genehmigt und die Kosten mit etwa 160 M. auf den Etat 1925 übernommen.

**Pfalzgrafenweiler, 22. Febr.** (Interessanter Vortrag.) Letzten Samstag Abend hielt Herr Doktor **Scheufele-Ober** den Mitgliedern des Bezirkslehrervereins und Schwarzwaldvereins **Pfalzgrafenweiler** Vortrag über „Meine Heimat am schwarzen Meer — deutsche Bauern und Siedlungen d. selb.“ Anhand zahlreicher Karten und Skizzen schilderte er den geschichtlichen Werdegang des Beckes und die geographische Eigenheit des Landes. Zahlreiche prächtige Lichtbilder zeigten die unbegrenzte Fruchtbarkeit und wirtschaftliche Eignung des Bodens als Rohstoffquelle, ferner die zweckmäßige Anlage der Siedlungen in der Landschaft. „Das Land ist schön und gütig wie der Himmel, doch die's bebauen, sie genießen nicht den Segen, den sie pflanzen.“ Eine utopistische Staatsform will alles mechanisch gleichmachen und zerstört darum jedes aufbauende Interesse. Die physische und psychische Ungleichheit der menschlichen Natur arbeitet organisch dem Gleichheitsstaat entgegen, die Ungleichheit der Dinge ebenso. Furchtbar wütet die Typhela gegen Leben und Eigentum der vormals fleißigen, nun passiv-resistenten deutschstämmigen Bewohner. Die Viehherden der Kolonisten werden weggetrieben, die Pferde gestohlen, die Getreidevorräte auf Wagen geladen, wiederum zwecklos verfaßt, die landwirtschaftlichen Maschinen mit Handgranaten zusammengeworfen. Nur das Wunder kann die Bewohner selbst vom Tode retten. Unter dem vielgeschmähten zaristischen System ein Paradies darstellend, ruht das Land nun unter ungewissem Schicksal. Ein Feuer lodert aber immer im Herzen der Unentwegten: Die Liebe zum Deutschtum und das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit. Man hofft auf ein neues Morgenrot. Die Wrangelarmee konnte es leider nicht bringen. Warnungssignale für die Sowjetregierung sind da: Unhaltbarkeit der rücksichtslosen Diktatur über regionale Völker, Verflauung, Verarmung derselben, vorgeschrittene Verarmung des Staates, Hunger, Krankheit, Hinmordung der Intelligenz. Die Zeit der nationalen Einigung und Unabhängigkeit muß kommen. Der **Neckar-Donaukanal** wird dann gebaut sein und die sich kulturell und wirtschaftlich ergänzenden Länder Deutschland und Ukraine nahe bringen zum Segen beider! Lebhafter Beifall lobte die ruhig-fachlichen und erhellenden Gedankenreihen des Vortragenden, der es verstand durch eingeflod-

tene Anekdoten Abwechslung zu bringen. Möge sein Wunsch, als organisierender Kolonistator seiner Heimat bald dienen zu können seinem Wahlpruch gemäß: „Dem Deutschtum treu“ in Erfüllung gehen!

**Stuttgart, 21. Febr.** (Zur Festnahme bayerischer kommunistischer Landtagsabgeordneter.) Das Polizeipräsidium teilt mit: Mehrfach ist die Nachricht durch die Presse gegangen, die bayerischen Landtagsabgeordneten **Schlaffer** und **Göh**, die am letzten Montag nebst einer größeren Anzahl anderer Kommunisten von der Stuttgarter Polizei festgenommen worden sind und gegen die vom Amtsgericht Haftbefehl wegen Vorbereitung des Hochverrats und Zuwiderhandlung gegen das Republikstuhgesetz erlassen wurde, seien wieder auf freien Fuß gesetzt worden und nach München zurückgekehrt; der bayerische Landtag habe beschlossen, ihre Freilassung zu verlangen. Dies ist unzutreffend. Beide Abgeordnete befinden sich nach wie vor in Untersuchungshaft. Der Geschäftsbereich des bayerischen Landtages hat, nachdem ihm das erforderliche Material zugänglich gemacht worden ist, bei einer wiederholten Beratung beschlossen, den Antrag auf Haftentlassung der beiden genannten Abgeordneten abzulehnen. Der Beschluß des Plenums des bayerischen Landtages steht noch aus.

**Schweningen, 21. Febr.** (Ein ungetreuer Beamter.) Der frühere Wohnungsbeamte von hier, **Ernst Mößinger**, wurde vom Schöffengericht **Kottwil** wegen Untertauschung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

**Schweningen, 21. Febr.** (Aus der Uhrenindustrie.) Das Tarifabkommen in der Uhrenindustrie ist von den Unternehmerorganisationen gelündigt worden.

**Tübingen, 21. Febr.** (Hinrichtung.) Die durch Urteil des Schwurgerichts Tübingen vom 24. Oktober 1924 gegen den Arbeiter **Karl Keef** von Bietingen O.A. Horb wegen eines Verbrechens des Mordes an der **Rosa Bayer** erkannte Todesstrafe ist heute durch Enthauptung vollzogen worden. Die Hinrichtung fand morgens sieben Uhr im Hofe des Landgerichts statt. Nachdem die Armeebergkappe auf dem Rathaus geläutet hatte, wurde **Keef** vorgeführt. Staatsanwalt **Fehr** von Gailfingen erklärte dem **Keef**, daß das gegen ihn ausgesprochene Urteil vollstreckt werde, ließ dann das Urteil verkünden und fügte hinzu, daß der Staatspräsident von dem eingereichten Gnadengesuch keinen Gebrauch gemacht hat. Dann sagte er: Ich übergebe hiermit **Karl Keef** dem Schlichter zum Nichten vom Leben zum Tode. **Keef** kniete zusammen, wurde aber sofort zum Schaffot geführt, nachdem der kath. Stadtpfarrer **Wenz** ein Gebet gesprochen und **Keef** die Hände gefaltet hatte. Der Hinrichtungsakt nahm nur ganz kurze Zeit in Anspruch. Nach der Hinrichtung sprach Stadtpfarrer **Wenz** nochmal ein Gebet.

**Ulm, 21. Febr.** (Selbstmord auf offener Straße.) Freitag Vormittag zwischen 11 und 12 Uhr entleibte sich in der Nebengasse ein Reichwehrlsoldat durch einen Schuß in die Schläfe.

#### Nachrichten aus aller Welt

**Spende zur Dortmund.** Die Stadtverordneten in Dresden bewilligten nach einer eindrucksvollen Trauerkundgebung für die Opfer des Dortmunder Grubenunglücks 50 000 Mark für die Hinterbliebenen der Berunglückten.

**Belgische Schandurteile.** Das Kriegsgericht in Gent verurteilte folgende Deutsche in Abwesenheit: den Major von Sommerfeld zum Tode, sowie den Soldaten **Masseveld**, den Eisenbahnbeamten **Karl Klaus**, den Landjäger **Fritz Schwede**, den Hauptmann **Hans** und den Berliner Richter **Georg Casner** zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

**Amerikanische Zepplinschädigung.** Das Budgetbüro empfahl dem Kongress, den der Zepplingesellschaft geschuldeten Betrag von 187 000 Dollar zu zahlen. Die Summe setzt sich zusammen aus 37 000 Dollar für Ersatzteile für die „Los Angeles“ und 150 000 Dollar für die dreimonatliche Unterweisung der amerikanischen Mannschaft.

**Mord.** Der in Hindenburg (Oberschlesien) wohnende Grubenarbeiter **Bernhard** ermordete seine Frau und den Quartierbarshen **Josch**. Die beiden unterhielten ein Liebesverhältnis. Nach der Tat stellte sich der Doppelmörder selbst der Polizei.

**Todesurteil in Rasthor.** Das Schwurgericht verurteilte heute den 33jährigen Landwirt **Richard Starwas** aus Rasthor wegen Brudermords zum Tode. Am frühen Morgen des 16. Januar 1924 erschlug der Angeklagte seinen Bruder **Joseph**, als dieser in den Stall trat, mit einer Axt und spaltete ihm den Schädel.

**Fleternruder und Rheinschiffahrt.** Das Fleternruder ist nun erstmals auf zwei neuen Schiffen, die auf dem Rhein und Main verkehren, eingebaut und in Gebrauch genommen worden. Die Probefahrten der Schiffe mit dem neuen Ruder haben die bisherigen sehr günstigen Erfahrungen der Binnenwasserfahrt mit diesem Ruder erneut glänzend bestätigt. Infolge der Leichtigkeit der Handhabung des Ruders vermochte ein alter Schiffsdiener daselbst ganz allein zu führen.

**Der belgische Dampfer „Meator“.** der mit einer Ladung kentert. Die Besatzung wurde durch den französischen Dampfer „El Kantata“ gerettet und in Bordeaux gelandet. Unter der Besatzung befinden sich auch vier Deutsche.

**Italienische Rüstungen.** Die Regierung bereitet einen Gesetzentwurf über die militärische Erziehung der Jugend und der Bürgerschaft vor. Auch sollen Maßnahmen getroffen werden, die Bereitschaft der Staatsbürger zum Aweide der Verteidigung zu erweitern und zu verstärken.

**Hoffnungsvolle Jugend.** In Günzburg stahl ein 10jähriger Landwirtssohn in der Schule seinem Lehrer nach und nach 150 M. aus der Briefschublade, die der Lehrer in seinem Rock stecken hatte. Die Diebstähle wurden in der Weise ausgeführt, daß der Junge in der Pausenpause in das Schullokal ging, wo der Lehrer seinen Rock hängen hatte. Ein Geschäftsmann aus Günzburg, der dem Jungen das Geld aufbewahrte, wurde wegen Hehlerei zur Anzeige gebracht.



Weibliche Offiziere im türkischen Heer. Während des Krieges und auch in der russischen Revolution kam es wohl vor, daß Frauen Soldaten wurden. Das Kriegsende hat den Frauen in vielen Ländern gleiche politische Rechte wie den Männern beschert. Aber in keinem Lande ist diese Neuerung so früh ausgefallen wie in der Türkei. Hier haben die Frauen nicht nur gleiche Rechte, sondern auch gleiche Pflichten. Die Emanzipation der Frau ist also in der Türkei einen gewaltigen Schritt weitergegangen, als in den westlicheren Ländern. In der Türkei sind alle Bürger, die die Volljährigkeit erlangt haben, vor dem Gesetz gleich und erfreuen sich der gleichen Rechte ohne Unterschied des Geschlechtes oder der Religion. Gleiche Pflichten haben die Türken, weil die Türkinnen auch in des türkische Heer eintreten. Es befindet sich heute eine große Zahl von Frauen im Heer. Das aber ist nicht alles, denn die militärischen Beförderungen gelten genau so für Frauen wie für Männer. Darum ist heute in Frankfurt Zeitung, das türkische Heer das einzige der Welt, das sich rühmen kann, zwei weibliche Oberste und etwa hundert weibliche Offiziere geringeren Ranges zu besitzen.

Hirschkjagd mit Bomben. In die Verwilderung während des Krieges, als verdrehte Gesellen mit Handgranaten auf Hirschkjagd gingen, erinnert ein Bericht aus dem 18. Jahrhundert, den die „Gartenlaube“ in Heft 41 mitteilt. Damals war es an Fürstenthöfen üblich, wahre Meheleien unter den Tieren des Waldes anzurichten. Die Raben wurden in Gehege zusammengetrieben, um dann von der Jagdgesellschaft bei lustiger Musik abgeknallt zu werden. Besonders toll ging es bei den sogenannten Wasserjagden zu. Rehe und Hirsche wurden in Seen und Flüsse getrieben und von Prunkgaleeren aus unter freudigen Schall abgehossen oder sogar mit Bomben totgeworfen. Dieser Barbarei, die aus Spanien zuerst an den Wiener Kaiserhof gekommen zu sein scheint, machte die Aufklärung des späteren 18. Jahrhunderts ein Ende.

Zerflüchter durch Batterien erzeugt? Die wissenschaftliche Erforschung des Zerflüchtens befindet sich noch in den Kinderschuhen. Durch Rückgang des Sumpfgeländes in den Küstengebieten wird diese seltsame Erscheinung immer seltener, und es gibt nur wenig Leute, denen eine einwandfreie Beobachtung gelungen ist. Bisher vertrat man die Auffassung, daß Zerflüchter durch Selbstentzündung von Sumpfgasen entstehen. Sie brennen geruchlos, während das einzig für Selbstentzündung in Frage kommende Phosphorwasserstoffgas scharf nach Knoblauch riecht. Wie in Heft 41 der Gartenlaube mitgeteilt wird, macht neuerdings Brandt Bakterien für die Entstehung der Zerflüchter verantwortlich. Sobald sie mit dem Sauerstoff der Luft in Berührung kommen, leuchten sie in der den Zerflüchtern eigentümlichen Weise auf.

# Unsere Zeitung bestellen!

## Handel und Verkehr

**Wirtschaft**  
**Großhandelsindex.** Die auf den Schluss des 18. Februar 1922 berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist mit 126,1 Prozent unverändert geblieben. Die Indexziffer für Lebensmittel lautete 124,5 gegen 124,5 und diejenige der Industriewerke 129,1 gegen 129,2. — Auch die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist für Mittwoch, den 18. Februar mit 126,2 gegenüber der Vorwoche unverändert geblieben.

**Der Außenhandel Frankreich-Deutschland 1924.** In Anbetracht der sich immer schwieriger gehaltenen Wirtschaftsverhältnisse mit Frankreich sind die Zahlen des Handels zwischen den beiden Ländern im Jahre 1924 von besonderem Interesse. Nach einer Volkswirtschaftslehre der Wert der von Deutschland nach Frankreich importierten Waren einer in Paris veröffentlichten Statistik zufolge 2,015 Milliarden Franken, was gegenüber 1923 eine Steigerung um 92 Prozent ausmacht. Der Wert der von Frankreich nach Deutschland in demselben Jahre angelieferten Waren betrug 1,773 Milliarden Franken, was einer Steigerung um 250 Prozent entspricht. Diese Zahlen zeigen unschwer, wo das größere Interesse an dem Aufkommen eines Handelsvertrages liegt. Hoffentlich geht ein entsprechendes Entgegenkommen mit dem Interesse alsbald gleichen Schritt.

**Schillingrechnung in Oesterreich.** Ab 1. März wird in Oesterreich allgemein die Schillingrechnung eingeführt. Ein Schilling ist 100 Groschen ist 1000 österreichische Kronen. Von diesem Tage an haben Vorkaufleistungen, Vorkaufsträge usw. nach Oesterreich auf Schilling und Groschen zu lauten. Die Umrechnung für Vorkaufleistungen ist 1000 Schilling für Vorkaufsträge 300. Grundsätze eines Großhandels sind unzulässig. Ferner werden ab 1. März auch die Nachnahmen auf Vorkaufleistungen und Vorkaufsträge nach Oesterreich in Schilling und Groschen angegeben. Weichverlag 1000 Schilling.

**Börse**  
**Berliner Börse vom 21. Febr.** Die durch den Rücktritt des Rabenitz-Warx in den Vordergrund getretenen politischen Lage blieb auf die Kursentwicklung an der Börse so gut wie einflusslos, weil die Geldmarktfrage, worin für die Börse der Schwerpunkt liegt, infolge der Finanzüberlastung der Rentenbank für die von ihr angelegenen Gelder hoffnungsvoller beurteilt wird. Es scheint überhaupt, als ob die Umlaufvermehrung in der Hauptachse bereits beendet ist. Bei unverminderter Geschäftstätigkeit steigt die Börse daher Widerstandskraft bei geringen Kursänderungen nach oben und unten. Nur für einzelne wenige Papiere stiegen diese über 1 Prozent hinaus. Am Rentenmarkt zeigten Kreditanleihe eine leichte Erhöhung. Die Geldbörsen sind unverändert geblieben.

**Stuttgarter Börse vom 21. Febr.** Bei unveränderter Geschäftstätigkeit schloß die Börse zu behaglichen Kursen. Die Umläufe waren inwieweit gering und bei vielen Werten kam überhaupt kein Geschäft zustande, die Kurse sind somit vielfach rein nominal.

**Frankfurter Börse vom 21. Febr.** Die Börse stand auch am Börsenschluss im Zeichen großer Unzufriedenheit. Das Geschäft liegt völlig darnieder, da Kursfragen irgend einer Art ausbleiben. Neue verhängnisvolle Momente treten nicht auf, doch sieht die Tendenz nach unten und schwach. Die Kurse waren allgemein gehalten, die Kurschwankungen äußerst gering.

**Getreide**  
**Mannheimer Produktenbörse vom 19. Februar.** Die Kurse verließen sich vor 100 Kilogramm netto wasserfrei Mannheim ohne Sach, Weizen Ausland 22,5-24, Ausland 22-24, Roggen Ausland 25-26, Ausland 22,5, Branntweine 29,50-32,50, Mais gelb (mit Sach) 22,50, deutscher Mehl 18-21, Weizenmehl, Spezial 42-44, Roggenmehl 30-32, Weizenkleie 14-15, Tendenz: stabil.

**Wein**  
**Weinversteigerung in Orléans.** Bei sehr reichem Verkauf wurden für Wein 100-114 Mark, für Sekt 100-111 Mark, Weißwein 10-110 Mark erzielt. Da die Weine von sehr guter Qualität waren, wurde fast alles verkauft. Die Genossenschaft hatte keine Weine zur Versteigerung gebracht.

**Holz.**  
**\* Freudenstadt, 18. Febr.** Bei dem letzten Nadelstammholzverkauf der Stadtgemeinde wurde bei einem Gesamtangebot von 20 822 M. ein Gesamtverlös von 27 068 M. gleich 131 Prozent der Landesgrundpreise erzielt. Zum Verkauf gelangten 880 Fm. Lang- und Sägholz.  
**Liegenschaften.**  
**Nagold, 21. Februar.** (Besitzwechsel.) Der Hansanteil der Zigarrenhandlung Eugen Meiß hier, Marktstraße, gegenüber Berg und Schmid, ging am 18. ds. Mts. durch Kauf zum Preise von 9100 M. an Hugo M o n a u n t, Installateur hier, über.

## Letzte Nachrichten.

**Wahlen in Thüringen**  
**WTB. Berlin, 23. Febr.** Die Gemeinde- und Kreistagswahlen, die am gestrigen Sonntag im Lande Thüringen stattfanden, haben einen ruhigen Verlauf genommen.

**Politische Durchsuchungen in Marseille.**  
**WTB. Marseille, 22. Febr.** Gestern abend fanden in allen Stadtteilen umfangreiche politische Durchsuchungen statt. Etwa 49 Personen wurden wegen verbotenen Waffenbesitzes festgenommen. Ferner rund 300, die keine Ausweis-papiere hatten.

**Amerika und der Weltkrieg.**  
**WTB. New-York, 22. Febr.** Der Senat nahm einen Antrag des Senators Owen an, wodurch das Archiv des Kongresses angewiesen wird, eine unparteiische Zusammenstellung des Tatsachenmaterials zur Frage der Ursachen des Weltkrieges vorzubereiten.

**Von einer Lawine verschüttet.**  
**WTB. Berlin, 22. Februar.** Bei Landeck in Tirol wurden 4 Touristen auf einer Skifahrt von einer Lawine verschüttet. Einer konnte sich retten. Die drei übrigen erstickten.

**Eine Partei für Handwerk, Handel und Gewerbe.**  
**WTB. Berlin, 22. Februar.** Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, beschloßen die Anhänger der Wirtschaftspartei die Gründung einer eigenen Partei für Handwerk, Handel und Gewerbe.

**Hamburg, 22. Febr.** (Vom Fußballsport.) Vor über 25 000 Zuschauern fand der Endkampf um den Pokal des deutschen Fußballbundes zwischen Nord- und Süddeutschland statt. Er endete mit 2:1 für die Norddeutschen. Die Norddeutschen spielten bis Halbzeit mit 11, nach Halbzeit mit 10 Mann.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul. Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

**Schwarzwald-Verein**  
**Bez.-Verein Simmersfeld.**  
  
**Familienabend**  
 mit Lichtbildervortrag  
 am Sonntag, den 1. März, abends 7 Uhr im Hirsch in Simmersfeld.  
 Die Mitglieder samt Angehörigen sind freudl. eingeladen.  
 Der Ausschuss.

**Alle Druckarbeiten**  
 für den privaten, geschäftlichen und amtlichen Verkehr liefert in kürzester Zeit und in sauberster Ausführung bei billigen Preisen die   
**W. Rieker'sche Buchdruckerei**  
 Telefon Nr. 11 Altensteig Telefon Nr. 11

**Altensteig.**  
**Antrazit-Kohlen,**  
**Antrazit-Gisform-**  
**Brikett, Ruhrbrech-**  
**koks, Schmiedekohlen**  
 sowie rheinische Braunkohlen-Brikett „Union“  
 sind auf Lager und können jederzeit abgeholt oder franko Haus geliefert werden von  
**Mug. Schaal,**  
 Kohlenhandlung.

**Neuweiler.**  
 Am Dienstag (Matthäus-feiertag)  
**Hunde- und Taubenbörse**  
 im Gasthaus z. Krone.  
**Gefunden**  
 wurden zwei Ketten.  
 Eigentumsansprüche an Gemeindepfleger Kalmbach, Egenhausen.

Einen eleganten  
**Herrenschlitten**  
 komplett, mit Lederpolsterung und Polsterdecke, verkauft sehr billig  
**Fritz Bühler jr.**  
 Altensteig.

**Martinsmoos.**  
 Eine schöne, 33 Wochen trüchtige  
 **Ralbin**  
 eine junge, schwere

**Mug- und Schaffkuh**  
 sowie ein 1/2 jähriges  
**Rind**  
 verkauft  
 Jakob Kübler und Heinrich Gabel.

**Gesangbücher**  
 für Konfirmanden empfiehlt  
 in großer, schöner Auswahl  
**W. Rieker'sche Buchhdl.**

Ein Paar stärkere  
**Jäger-Schweine**  
 verkauft  


**Georg Zoller, Ettmannsweiler.**  
**Martinsmoos.**  
 Eine noch guterhaltene  
**Feldscheuer**  
 mit 25 qm Bodenfläche, hat entbehrlichkeitshalber zu verkaufen  
**Georg Mug.**

Ich suche für meinen Haushalt älteres, tüchtiges  
**Mädchen,**  
 das etwas Kochen kann.  
**Lisel Adolff, Calw.**

**Altensteig.**  
 Einige dieses Jahr der Schule entlassene  
**Jungen**  
 finden nach Ostern in verschiedenen Abteilungen meiner Bestickfabrik Lehrstelle.  
 Anmeldungen sind alsbald erwünscht.  
**Otto Kaltenbach,**  
 Hohenbergstraße.

**Ueber alles Wichtige**  
 orientiert Sie die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“. Bestellen Sie diese sofort für den kommenden Monat!

